

Medienmappe

Zum virtuellen Mediengespräch:

Medien in der Krise – Schwächung einer lebendigen demokratischen Kultur

29. Juli 2020, 10.00

Die Coronakrise hat den ohnehin schon durch Digitalisierung, Online-Gratismedien und Werbeverlusten stark geschwächten klassischen Medien einen weiteren schweren Schlag versetzt. Die ohnehin schon ausgedünnten Redaktionen sehen sich, wie bei der APA, weiteren Personalreduktionen ausgesetzt. Im ORF steht ein Sparpaket an, das für Ö1 tiefe Einschnitte bringen könnte. Dabei hat gerade die Coronakrise gezeigt, wie wichtig unabhängige und seriöse Information sowie die kritische Diskussion von politischen Maßnahmen sind. Unabhängiger Journalismus ist ein wesentliches Element der Infrastruktur einer demokratischen Gesellschaft. Umfassende Information und das Wahrnehmen einer Kritik- und Kontrollfunktion gegenüber allen relevanten Bereichen einer Gesellschaft, bilden ein unerlässliches Standbein einer lebendigen Demokratie. Diese demokratiepolitische wichtige Funktion von Qualitätsmedien ist aktuell massiv bedroht. Beim Mediengespräch widmen sich zwei Experten unterschiedlichen Facetten dieser demokratiepolitisch gefährlichen Entwicklungen aus einer wissenschaftlichen Perspektive.

Inputs:

Em. Univ.-Prof. Dr. Roman Hummel: Trotz und wegen „Corona“: Medienförderung muss Qualitätsförderung sein

Ao. Univ.-Prof. Dr. Fritz Hausjell: Wider eine mutlose Medienpolitik

Moderation: Prof.in (FH) Mag.^a Dr.ⁱⁿ Elisabeth Springler (Diskurs. Das Wissenschaftsnetz | FH BFI Wien)

Abstracts der Inputs

Em. Univ.-Prof. Dr. Roman Hummel: Trotz und wegen „Corona“: Medienförderung muss Qualitätsförderung sein

Die COVID-19-Krise hat die – v.a. ökonomische – Krise der Medien verschärft. Daher hat bekanntlich die österreichische Bundesregierung zusätzlich zur regulären Presseförderung erhebliche Mittel für eine Sonderförderung bereitgestellt. Im Sinne der Unterstützung von journalistischen Leistungen, die für den demokratischen Diskurs notwendig sind, ist dies aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht zu begrüßen. Die konkrete Form der Förderung nach Reichweite ist jedoch kontraproduktiv.

Das aus dem 19. Jahrhundert stammende Business-Modell der überwiegenden bis ausschließlichen Finanzierung aus Werbung kommt aufgrund der Konkurrenz im Web an seine Grenze. Google, Facebook, Apple und andere erreichen die Zielgruppen genauer und kostengünstiger. Gratis-Angebote journalistischer Nachrichten, sind keine Problemlösung, sondern verschärfen nur noch die Krise. Ebenso wird sich die Lage redaktioneller Medien in Österreich in Zukunft wie internationale Studien zeigen (vgl. Digital News Report [www.digitalnewsreport.org]) aller Voraussicht nach weiter verschlechtern.

Medienförderung ist deswegen sinnvoll und gerechtfertigt, weil die Versorgung der Bevölkerung mit recherchierten Hard-News von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung eine Voraussetzung für Teilhabe am demokratischen Prozess sind. Wenn in einem kleinen Land wie Österreich der Markt offenkundig zur Aufrechterhaltung der Grundversorgung nicht ausreicht, bedarf es der Subventionen der öffentlichen Hand. Förderungen müssen aber – wie in allen anderen Bereichen – nach ihrer Zielerreichung beurteilt werden.

Medienförderung muss also Unterstützung journalistische Qualität und Vielfalt als Grundlage haben. Das würde bedeuten, dass Förderungsbeträge in Abhängigkeit von der Menge selbstrecherchierter Beiträge, der Anzahl journalistischer Arbeitsplätze und der Mitgliedschaft im Presserat bei Printmedien ausgeschüttet werden. Die Effizienz von Medienförderungen lässt sich auf diese Weise ebenfalls klar messen.

Ao. Univ.-Prof. Dr. Fritz Hausjell: Wider eine mutlose Medienpolitik

Nach Jahren der Versäumnisse steht die österreichische Medienpolitik vor großen Herausforderungen. Wer im Medienfreiheits-Ranking wieder nach oben will und Journalismus und Demokratie stärken möchte, muss mutig große Schritte tun.

Die Liste der Großbaustellen in der Medienpolitik ist lange. Manche hat die aktuelle Regierung noch nicht einmal angedacht.

1. Die letzten beiden Regierungen (Kurz I und Kurz II) haben den Bereich der Regierungs-PR und Regierungswerbung (etwa über „Social Media“-Kanäle) extensiv ausgeweitet. Dies führt zu erheblichen Beeinträchtigungen des liberalen politischen Systems. Zum einen hat die Opposition keine vergleichbaren Ressourcen. Ihre Arbeit findet daher etwa im Gesetzwerdungsprozess öffentlich weniger Gehör. Zum anderen sind klassische Medien, die seit vielen Jahren reduzierte redaktionelle Ressourcen aufweisen, einem deutlich höheren PR-Druck ausgesetzt. Als Lösung wird daher eine Reduktion der Regierungsausgaben auf etwa ein Viertel in diesem Bereich vorgeschlagen, die gesetzlich zu verankern ist. Zugleich sollten der Opposition Mittel in gleicher Höhe zukommen, um demokratiepolitisch faire Wettbewerbsverhältnisse zu schaffen.
2. Inserate der Bundesregierung sollten ebenso gesetzlich limitiert werden. Zudem soll die Regierung dem Parlament halbjährlich berichten, welche Werbekampagnen mit welchen Kommunikationszielen und Media-Streuplänen umgesetzt wurden. Das bisherige Medientransparenzgesetz liefert nur die investierten Beträge, die jedoch einzelnen Kommunikationszielen nicht zugeordnet und damit die Sachlichkeit und der

sparsame Mitteleinsatz nicht geprüft werden kann. Außertourliche Werbemaßnahmen (etwa die Corona-Kampagnen) sind parlamentarisch zu beschließen. Die Kommunikationsziele und Streupläne sollen künftig jene Medien, in denen besonders viele Regierungsinserate erscheinen, vor dem Vorwurf schützen, „gekauft“ worden zu sein. Sie könnten aber auch jene schützen, die wegen regierungskritischer Berichterstattung wenig oder keine Inserate erhalten.

3. Im Bereich der digitalen Medien und Kommunikationskanäle braucht es nicht nur die Reparatur der massiven Einschränkungen des ORF (Stichwort 7-Tage-Limit), sondern einen Grundauftrag, den öffentlich-rechtlichen Sektor in diesem Bereich jeweils zeitgemäß zu entwickeln. Dies bedeutet unter anderem, dass die Entwicklung etwa eines EPOS (European Public Open Space) mit anderen öffentlich-rechtlichen Medien und gemeinwirtschaftlichen Institutionen in Europa möglich sein muss. Eine von der Politik derzeit favorisierte Zusammenarbeit von ORF und Privatrundfunk ist indes aus mehreren Gründen kontraproduktiv.
4. Die Mediennothilfe der Bundesregierung wurde vielfach kritisiert und sollte daher einer wissenschaftlichen Evaluierung unterzogen werden, da es sein kann, dass für die nähere Zukunft aufgrund der nicht prognostizierbaren Pandemieentwicklung weitere staatliche Hilfen nötig werden könnten. Dabei erscheint es unverständlich, warum zwar privatwirtschaftliche und nicht-kommerzielle Medien bisher staatliche Mediennothilfe erhielten, nicht aber der öffentlich-rechtliche Rundfunk. In der aktuellen und weiter andauernden Krise sind die medialen und journalistischen Leistungen des ORF wirtschaftlich abzusichern, zumal da gerade sie am stärksten bei der Bevölkerung zur Information und Orientierung genutzt werden.

Über die Expert*innen

Roman Hummel; Univ. Prof. Dr.; hatte Professuren in Wien, Erfurt, Pretoria und Salzburg; seit Pensionierung Lehre am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien. Forschungsschwerpunkte Journalistik, Medienwandel, Mediensoziologie.

Fritz Hausjell; (1959) Ao.Univ.Prof. Dr.phil.; Stv. Vorstand am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien seit 2014; Autor bzw. Herausgeber mehrerer Bücher und Autor zahlreicher Aufsätze in Sammelbänden und Fachzeitschriften vor allem zu Nationalsozialismus und Medien, Exiljournalismus, Migration, Neonazismus, Rechtsextremismus und Medien sowie aktuelle österreichische Medienpolitik; Mitbegründer und Mitherausgeber der Fachzeitschrift „Medien & Zeit“ seit 1986; Mitglied des „Public-Value-Beirates“ der KommAustria seit 2014, Mitglied des Publizistikförderungsbeirates sowie Jurymitglied mehrerer Journalismus- und Publizistikpreise; seit 2018 Vorstandsmitglied bei „Reporter ohne Grenzen Österreich“.

Kontakt für Rückfragen

Dr. Alexander Behr

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

M: +43 650-34 38 37 8

E: alexander.behr@univie.ac.at

Dr. Manfred Krenn

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

T: +43-1-31336 5604 | M: +43-677-620 44 3

E: krenn@diskurs-wissenschaftsnetz.at

Nina Spurny, BA MA

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

M: +43 660 34 37 35 9

E: spurny@diskurs-wissenschaftsnetz.at

Über Diskurs

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz ist eine Initiative von Wissenschaftler*innen, die dafür eintritt, dass wissenschaftliche Erkenntnisse ihre Bedeutung für den öffentlichen Diskurs und für politische Entscheidungen (wieder)erlangen. Mehr Informationen finden Sie auf unserer Website – www.diskurs-wissenschaftsnetz.at